

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 10.05.2023 im Ratssaal des
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:40 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadtrat Christian Böckeler

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

Stadträtin Beate Gässler

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Eisental, Karin Feist

Ortsverwaltung Altschweier, stellv. Ortsvorsteher

Heiko Wollenschläger

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, Wolfgang Eller

Personal-Organisation-Digitalisierung, Daniel Bauer

Pressesprecher, Matthias Buschert

Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, Thomas Bauer

Rechts- und Ausländerwesen, Elisabeth Beerens

Bürgerservice-Sicherheit-Recht, Reinhard Renner

Klimaschutzmanager, Martin Andreas

Haushalt und Abgaben, Nicole Dahringer

bis TOP 4 anwesend

Revision, Petra Ewert
Personalrat, Thomas Kist
Gremien und Kommunales, Marc Vollmer

Gäste

Frau Fabienne Körner,
Energieagentur Mittelbaden (zu TOP 3)

Zuhörer/innen

5

Pressevertreter

1

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Daniel Fritz

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.04.2023 gefassten Beschlusses
3. Sachstandsbericht der Energieagentur Mittelbaden gGmbH
4. Zusammenarbeit zwischen Klimabeirat und Gemeindegremien
5. 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes „Grautenbach-Riedbosch“ in Bühl-Altschweier;
a) Vorentwurfsbilligung
b) Frühzeitige Beteiligung
6. Bau einer Schütermensa mit Jugend- und Schülercafé
Vergaben (2. Vergabepaket)
7. Bau einer Schütermensa mit Jugend- und Schülercafé
Aufhebung der Vergabe Schwach- / Starkstrom
8. Änderung der Sperrzeit für die Außenbewirtschaftung von Gaststätten
9. Teileinziehung des Wegegrundstückes Flst.Nr. 358 „Am Weinpfad“ Gemarkung Altschweier
10. Beteiligungsberichte 2020 und 2021
11. Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028
12. Fachbereich Revision;
Änderung der Übertragung von weiteren Aufgaben gem. § 112 Abs. 2 GemO
13. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

TOP 2: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.04.2023 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.04.2023 gefassten Beschluss (TOP 3) bekannt.

TOP 3: Sachstandsbericht der Energieagentur Mittelbaden gGmbH

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Geschäftsführerin der Energieagentur Mittelbaden, Frau Fabienne Körner.

Frau Körner erläutert in ihrem Sachstandsbericht die Handlungsfelder der Energieagentur. Insbesondere geht sie auf die Themen Wärmeversorgung und klimaneutrale Quartiere ein. Sie berichtet unter anderem von Untersuchungen einzelner Wohnquartiere im Landkreis mit dem Ziel, eine Klimaneutralität im Gebäudebestand bis 2040 zu erreichen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger dankt für den informativen Vortrag. Er lobt die direkte Kontaktaufnahme der Agentur mit den Bürgern.

Frau Körner berichtet, dass das größere Potential für die Wärmewende in Bestandsgebieten vorhanden ist. Neubauten sind gut gedämmt und die Wärmeabnahme gering.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Frau Körner, dass die gesteckten Ziele mit Wärme aus Holz allein nicht zu erreichen sind, wichtig ist ein Mix. Die Frage ist dann, welche Potentiale die Kommune ausschöpfen kann und was für Voraussetzungen es vor Ort gibt, beispielsweise Freiflächen für Photovoltaik, Solarthermie oder Grundwasser für Geothermie. Die Tiefengeothermie hat das größte Potential in der Region.

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Feuerer auf bereits laufende Kooperationen mit der Energieagentur und hier auf das Nahwärmenetz.

Frau Körner ergänzt auf Nachfrage von Stadtrat Feuerer, dass es bei einer Quartierssuche wichtig ist, zunächst Ankergebäude zu haben, die mit einbezogen werden können. An deren Wärmekonzept werden dann die angrenzenden Wohngebiete angeschlossen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm fragt nach Solarthermie. Diese ist laut Frau Körner aufgrund der hohen Kosten nicht konkurrenzfähig. Im Hinblick auf Wasserstoff erläutert sie, dass dieser in der Zukunft keine große Rolle in der Versorgung der Privathaushalte spielen wird, eher im Kraftstoff- und Industriebereich.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass die Gasnetze mit Blick auf das Biogas nicht ganz verschwinden werden. Bei Vollsaniierungen in der Stadt, beispielsweise in der Geppertstraße, sollten die Anwohner aktiv angesprochen werden. Ein Problem könnten allerdings die in den letzten

Jahren bereits ausgetauschten Heizungen sein. Er lobt die Arbeit und die Informationsweitergabe der Energieagentur an Bürger und Unternehmen. Geothermie ist durchaus eine Alternative.

Zum Thema Geothermie sind neutrale Informationen wichtig, ergänzt Frau Körner.

Stadtrat Seifermann dankt für den Vortrag. Er stellt fest, dass die Umsetzung sehr viel Geld und Aufwand kosten wird. Es muss mehr Förderungen geben, nicht nur für Photovoltaikanlagen. Eine Photovoltaikanlage muss in der Bevölkerung mehr Prestige haben. Außerdem legt er Wert auf ein Wärmekonzept im Sanierungsgebiet Südlicher Stadteingang und betont, dass insgesamt das Tempo und die Schlagzahl bei diesem Thema erhöht werden muss, damit man bei der Energiewende schneller vorankommt.

Stadtrat Hirn dankt ebenfalls für den informativen Vortrag.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht abschließend auf Wasserstoff und Geothermie ein. Er stellt fest, dass bei erneuerbaren Energien immer der Maßstab der Wirtschaftlichkeit angelegt wird. Öl- und Gasheizungen sind dies jedoch auch nicht.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstandsbericht Kenntnis.

TOP 4: Zusammenarbeit zwischen Klimabeirat und Gemeindegremien

Bürgermeister Jokerst erinnert an die Sitzung des Klimabeirats, bei der der Wunsch geäußert wurde, dass man sich mehr in die Meinungsbildung einbringen möchte.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger stellt fest, dass der Klimabeirat mit der Klimapolitik des Gemeinderats und der Verwaltung nicht zufrieden ist und die Mitwirkungsmöglichkeiten verbessert werden. Verwaltung und Gemeinderat sind über Klimathemen informiert, jedoch gibt es ein Tempodefizit. Er kritisiert die Äußerung des Klimamanagers aus dem Jahr 2021, dass die Stadt Bühl im Jahr 2040 erst zu 85 Prozent Klimaneutral sein wird. Er erinnert an den Beschluss des Klimanotstands. Außerdem erwähnt er Beschlüsse von Bebauungsplänen im beschleunigten Verfahren und das Verbot in Bebauungsplänen von dem Klima angepassten Gebäuden. Einflüsse auf das Klima werden in Gemeinderatsvorlagen zwar erkannt, jedoch oft marginalisiert. Er äußert die Hoffnung, dass die heutigen Beschlüsse dazu führen, dass der Klimabeirat größeren Druck auf den Gemeinderat ausübt und klimapolitische Themen schneller umgesetzt werden. Er teilt die Zustimmung zum Beschlussvorschlag mit.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Bürgermeister Jokerst, dass sich jeder Bürger zur Mitarbeit im Klimabeirat melden kann.

Oberbürgermeister Schnurr und Bürgermeister Jokerst erklären, dass es nicht um ein Informationsdefizit geht, sondern dass der Klimabeirat gerne mehr mitwirken möchte. Eine grundsätzliche Unzufriedenheit gibt es nicht.

Stadtrat Seifermann betont, dass man beim Thema Klimaschutz mehr Tempo an den Tag legen muss. Einerseits sind alle dafür, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden, jedoch soll alles so bleiben wie bisher, was nicht funktionieren kann. Er erwartet, in diesem Zusammenhang, dass ein CO₂-Bericht vorgelegt wird, außerdem erinnert er erneut an die noch nicht installierte Photovoltaikanlage auf dem Kinderhaus Sonnenschein. Abschließend stellt er fest, dass es erfreulich ist, wenn der Klimabeirat mehr eingebunden wird, andererseits müssen dann auch genügend Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen, um sie

umsetzen zu können.

Stadtrat Jäckel teilt mit, dass es richtig ist, wenn der Klimabeirat über Vorschläge und konkrete Maßnahmen Einfluss auf den Gemeinderat bekommt. Der Beirat soll mehr mit einbezogen werden. Er signalisiert die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Für Stadtrat Feuerer spricht nichts dagegen, den Klimabeirat mehr einzubeziehen und im Gemeinderat Arbeitsergebnisse zu präsentieren. Er gibt seinen Vorrednern recht, dass man in vielen Punkten schneller sein kann. Er signalisiert die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Auch Stadtrat Hirn betont, dass der Klimabeirat eingebunden und gehört werden muss.

Auf entsprechende Äußerungen von Stadtrat Wäldele erklärt Bürgermeister Jokerst, dass der Beschlussvorschlag mit den Personen im Klimabeirat, die nicht dem Gemeinderat angehören, abgesprochen wurde und dies genau der Wunsch des Klimabeirates ist. Er rät davon ab, Änderungen vorzunehmen, da dann der Wille des Klimabeirates verändert wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass der Klimabeirat

1. zu Beginn eines Jahres eine von den Fraktionen und der Stadtverwaltung erstellte und freigegebene Liste mit den wichtigsten klimarelevanten Themen erhält, die in diesem Jahr vom Klima- und Umweltausschuss bzw. vom Gemeinderat behandelt werden sollen;
2. auf Grundlage der obigen Liste oder aus eigenen Impulsen heraus ein oder zwei klimarelevante, abgestimmte Themen erarbeitet und im Klima- und Umweltausschuss bzw. im Gemeinderat vorstellen kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 5: 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes „Grautenbach-Riedbosch“ in Bühl-Altschweier; **a) Vorentwurfsbilligung** **b) Frühzeitige Beteiligung**

Stadtrat Löschner nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet, dass der Tagesordnungspunkt im Technischen Ausschuss und im Ortschaftsrat Altschweier vorberaten wurde.

Stadtrat Feuerer weist darauf hin, wie groß der Aufwand für dieses eine Bauvorhaben ist. Er sieht großen Handlungsbedarf, hier Bürokratie abzubauen.

Stadtrat Gretz lobt in diesem Zusammenhang das positive Verhalten des Vorhabenträgers im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.

Oberbürgermeister Schnurr erläutert, im Hinblick auf einen Antrag der GAL-Fraktion, eine Liste der zu bearbeitenden Bebauungspläne vorzulegen, dass die Erarbeitung dieser Liste läuft und mit dem Thema der Mitwirkung und des Verhaltens von Vorhabenträgern in Bezug auf gesetzliche Vorgaben in einem Verfahren ergänzt wird.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt Stadtrat Wäldele, dass sich das Verfahren hauptsächlich aufgrund verschiedener Anfragen der Unteren Naturschutzbehörde verzögert hat. Das Vorhaben liegt teilweise im Naturschutzgebiet.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat billigt die 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanvorentwurfes „Grautenbach-Riedbosch“ in Bühl-Altschweier mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung einschließlich Umweltbericht, Artenschutzrechtliche Vorprüfung, LSG-Befreiungsantrag und schalltechnische Untersuchung vom 19. April 2023.
- b) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 6: Bau einer Schülersmense mit Jugend- und Schülercafé Vergaben (2. Vergabepaket)

Herr Eller, Stadtentwicklung – Bauen – Immobilien, geht auf eine redaktionelle Änderung im Hinblick auf den Gesamtbetrag ein, der netto angegeben ist. Die einzelnen Angebote entwickeln sich größtenteils so, wie sie vorher geschätzt wurden. Auch die Stoff- und Preisgleitklauseln, die vereinbart wurden, sind im Rahmen.

Herr Eller erläutert auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer im Blick auf den folgenden Tagesordnungspunkt, dass aufgrund von Verfahrensfehlern seitens der Firmen beide Bieter vom Verfahren zunächst ausgeschlossen werden mussten. Mit beiden Bietern wird nun nachverhandelt, was zulässig ist. Anschließend können neue Angebote abgegeben und der Auftrag dann vergeben werden.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Seifermann zu, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter Berichte und Anfragen die Gelegenheit zu weiteren Nachfragen zum Thema zu geben.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger findet es erfreulich, dass einige Firmen aus der Umgebung Zuschläge erhalten. Von den weiter entfernten Firmen hofft er, dass bei möglichen Reklamationen schnell reagiert werden kann. Er zeigt sich erfreut, dass bei fünf Gewerken die Angebote unter der Kostenberechnung liegen. Auf seine Nachfrage hin erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass die Ausschreibungen gemäß den einzuhaltenden technischen und für den Betrieb erforderlichen Standards ausgeschrieben werden.

Oberbürgermeister Schnurr erläutert auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Wäldele, dass es sich bei Gewerk sechs unter anderem um Vorarbeiten für eine Dachbegrünung handelt.

Beschluss:

- a) Die Firma Bauer Heizung Sanitär Klimatechnik GmbH aus 76532 Baden-Baden erhält den Auftrag für das Gewerk Heizungsarbeiten in Höhe von 197.085,55 € brutto.

b) Die Firma Hansmann Zimmerei-Holzbau GmbH aus 77790 Steinbach erhält den Auftrag für das Gewerk vorgehängte hinterlüftete Fassade in Höhe von 74.265,76 € brutto.

c) Die Firma Lutz Güttler GmbH aus 01877 Bischofswerda erhält den Auftrag für das Gewerk Verblendmauerwerk und Gerüstarbeiten in Höhe von 461.070,40 € brutto.

d) Die Firma VHB Vereinigte Holzbaubetriebe GmbH & Co.KG, 87789 Woringen erhält den Auftrag für das Gewerk Glasfassade Pfosten-Riegel-Konstruktion Holz-Alu in Höhe von 414.315,16 € brutto.

e) Die Firma Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG aus 78559 Gosheim erhält den Auftrag für das Gewerk Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten incl. Dachbegrünung in Höhe von 247.780,69 € brutto.

f) Die Firma Noll Fensterbau GmbH aus 63135 Müllheim erhält den Auftrag für das Gewerk Fenster Holz-Alu und Sonnenschutzaufnahmekästen in Höhe von 192.743,11 € brutto.

g) Die Firma Lüftung-Klima Brak GmbH aus 77746 Schutterwald erhält den Auftrag für das Gewerk Lüftungsarbeiten in Höhe von 331.818,48 € brutto.

h) Die Firma Zimmer GmbH aus 77833 Ottersweier den Auftrag für das Gewerk Sanitärarbeiten in Höhe von 120.409,44 € brutto.

Abstimmungsergebnis: 22Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 7: Bau einer Schütermensa mit Jugend- und Schülercafé **Aufhebung der Vergabe Schwach- / Starkstrom**

Beschluss:

Aufhebung der Vergabe Schwach- / Starkstrom, da kein Angebot eingegangen ist, das den Ausschreibungsbedingungen entspricht.

Es wird befürwortet ein neues Vergabeverfahren als Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb mit den beiden Bietern aus dem ersten Verfahren durchzuführen entsprechend § 3 EU Abs. 3 Nr. 1.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 8: Änderung der Sperrzeit für die Außenbewirtschaftung von Gaststätten

Stadtrat Fallert lobt die Verwaltung für die kurzfristige Erstellung der Vorlage. Die Sperrzeitveränderung der letzten Jahre hat die Gastronomie gestärkt und für mehr Umsatz gesorgt. Vermehrte Klagen sind keine mitgeteilt worden. Positiv sieht die FW-Fraktion auch, dass die Änderung der Sperrzeit jedes Jahr neu beantragt werden muss. Außerdem trägt ein lebendiges Kultur- und Nachtleben dazu bei, die Stadt zu beleben. Er signalisiert die Zustimmung der Fraktion.

Stadtrat Gretz erläutert, dass man die Interessen der Anwohner auf Ruhe und der der Gastronomie überein bringen muss, was nicht immer einfach ist. Grundsätzlich stimmt die Fraktion der Vorlage zu, jedoch sollten Mechanismen eingebaut werden. Er findet es gut, dass die Änderung der Sperrzeit jedes Jahr neu genehmigt werden muss. Er fordert nach einem Jahr

einen Bericht an den Gemeinderat über eingegangene Beschwerden. Abschließend bittet er darum, bei Musikveranstaltungen restriktiver vorzugehen als bisher und nicht zu viel zu genehmigen. Es muss mehr Rücksicht auf die Anwohner genommen werden.

Herr Renner, Bürgerservice – Sicherheit – Recht, erläutert, dass Musikdarbietungen im Außenbereich bereits ab 22.00 Uhr enden müssen, auch hier gilt die TA-Lärm.

Oberbürgermeister Schnurr verweist darauf, dass die Verlängerung der Sperrzeit bis 31. Oktober befristet ist.

Stadtrat Feuerer berichtet, dass es oft nach Beendigung der musikalischen Darbietungen noch bis 24.00 Uhr weitergeht und sich die Besucher weiter unterhalten. Hier sind durchaus Klagen der Anwohner bekannt. Auch er plädiert für eine Evaluierung und eine Beschränkung auf ein Jahr.

Herr Renner erläutert, dass, wenn kein anderer Beschluss gefasst wird, jedes Jahr jedem Antragsteller eine Genehmigung für den genannten Zeitraum ausgestellt wird. Ein Automatismus entsteht daraus nicht.

Die Unterstützung der Gastronomie begrüßt Stadtrat Jäckel. Man sieht aber auch deutlich die Interessen der Anwohner. Auch er spricht sich für eine Evaluation im Herbst aus. Die Abendveranstaltungen sind eine Aufwertung für die Stadt, jedoch muss man auch an die Gastronomen appellieren und auf die Eigenverantwortung hinweisen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger stellt fest, dass die geplante Änderung eine Attraktivitätssteigerung für die Stadt darstellt, von der auch die Gastronomie profitiert. Jedoch dürfen die Anwohner nicht über Gebühr belästigt werden, daher ist es gut, wenn die Änderung der Sperrzeit befristet ist, evaluiert wird und jährlich neu beantragt werden muss. Zudem gilt sie nur an Freitagen, Samstagen und vor gesetzlichen Feiertagen. Auch die geltenden Lärmschutzrichtlinien müssen eingehalten werden. Die Gastwirte sind für die Einhaltung der vorgeschriebenen Werte verantwortlich.

Auch Stadtrat Hirn betont, dass weiterhin die TA-Lärm einzuhalten und zu überwachen ist, weshalb er die Beschränkung auf 22.00 Uhr begrüßt. Das Thema insgesamt ist nicht neu, es gibt schon länger den Wunsch der Änderung der Sperrzeit von Seiten der Wirte aber auch Klagen von Anwohnern sind bekannt. Mit dem Beschluss trägt man beiden Parteien Rechnung, den Anwohnern und den Gastwirten.

Stadtrat Seifermann berichtet, dass auch die GAL-Fraktion lange abgewogen hat und spricht sich für die geplante Änderung der Sperrzeit aus. Der Testlauf war erfolgreich und hat wenig Beschwerden gebracht. Der Schutz der Anwohner ist wichtig.

Stadtrat Fallert betont nochmals, dass nicht die Zeiten für Musikdarbietungen verlängert wird und die Gastronomie angehalten ist, die Vorgaben einzuhalten.

Stadtrat Teichmann ergänzt, dass er es als Anwohner und auch als Musiker mit der Änderung der Sperrzeit einverstanden ist, verweist aber auch auf die Verantwortung der Wirte, die Lärmrichtlinien einzuhalten.

Stadtrat Jacobs fügt an, dass die Anwohner besonders nach der Coronazeit sich nicht gleich beschwert haben. Er bittet darum, die Wirte hinsichtlich des Lärmschutzes nochmals zu sensibilisieren.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion formuliert Herr Renner die letzten beiden Sätze des Beschlussvorschlages wie folgt neu: Diese Regelung gilt vom 1. Mai bis zum 31. Oktober

2023. Im Herbst erfolgt dann eine Evaluation, danach wird entschieden, ob diese Ausnahmeregelung auch im Folgejahr beantragt werden kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Sperrzeit an Freitagen, an Samstagen und an den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen für die Außenbewirtschaftungen der Bühler Gaststätten auf 24:00 Uhr festzusetzen. Diese Regelung gilt vom 1. Mai bis zum 31. Oktober 2023. Im Herbst erfolgt dann eine Evaluation, danach wird entschieden, ob diese Ausnahmeregelung auch im Folgejahr beantragt werden kann.

Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 9: Teileinziehung des Wegegrundstückes Flst.Nr. 358 „Am Weinpfad“ Gemarkung Altschweier

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das Wegegrundstück Flst.Nr. 358 Gemarkung Altschweier für den Geh- und Fahrverkehr zu sperren und die erforderliche Einziehung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 10: Beteiligungsberichte 2020 und 2021

Die Stadträte Gretz und Teichmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung über diesen und die nächsten beiden Tagesordnungspunkte nicht teil.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Feuerer erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass man in Sachen Schlachthof auf einem guten Weg ist. Zu gegebener Zeit wird man hierüber berichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von den Beteiligungsberichten 2020 und 2021 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 11: Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

**TOP 12: Fachbereich Revision;
Änderung der Übertragung von weiteren Aufgaben gem. § 112 Abs. 2 GemO**

Stadtrat Broß nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Frau Ewert, Revision, dass anlassbezogen geprüft wird. In umliegenden Kommunen wird dies ähnlich gehandhabt.

Stadtrat Feuerer erklärt, dass die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit ein Dauerthema der Revision ist.

Auf Nachfrage von Stadtrat Feuerer, erläutert Frau Ewert, dass der Prüffokus diesbezüglich auf dem rechtlichen Bereich liegt. Ein personeller Mehrbedarf ist nicht notwendig.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat ändert seine Übertragung der Visa-Kontrolle aller Belege über 2.500 € der Stadtwerke GmbH, in die Übertragung einer generellen, risikoorientierten stichprobenartigen Visa-Kontrolle der Stadtwerke.
- b) Der Gemeinderat nimmt seine Übertragung der Prüfung der Rechnungs- und Wirtschaftsführung (Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen sowie der Ordnungsmäßigkeit von Verfahren) bei den Beteiligungsunternehmen Bühler Innovations- und Technologiezentrum GmbH, Bühler Sportstätten GmbH und Stadtwerke Bühl GmbH vom 25.10.2017 zurück.
- c) Der Gemeinderat weist den Oberbürgermeister an, als Vertreter der Stadt Bühl ggf. notwendige Beschlüsse in den betreffenden Gesellschafterversammlungen für die Rückabwicklung (siehe b)) zu fassen.
- d) Der Gemeinderat überträgt der Revision gemäß § 112 Abs. 2 Nr. 1 GemO die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung als weitere Aufgabe.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 13: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Vollzug des Haushalts 2023

Ab sofort werden hauswirtschaftliche Sperren im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erlassen. Grund hierfür ist die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst sowie eine negative Entwicklung bei der Gewerbesteuer.

Stadträtin Gässler erinnert in diesem Zusammenhang an die Haushaltsberatungen und den Hinweis der GAL-Fraktion, die Ansätze im Hinblick auf die Tarifverhandlungen stärker zu erhöhen.

Foto-Ausstellung Ukraine in Hamburg

Die Foto-Ausstellung, die Geflüchtete aus der Ukraine in Bühl in Begleitung des Tafelladens organisiert haben und mehrere Wochen im Friedrichsbau zu sehen war, wird nun in Hamburg präsentiert. Bürgermeister Jokerst war auf Einladung des ukrainischen Generalkonsulats kurzfristig in Hamburg, zusammen mit den Ausstellungsorganisatoren. Diese Bühler Ausstel-

lung könnte auch nach Berlin in die ukrainische Botschaft weiterziehen. Am Rande der Veranstaltung gab es Gelegenheit zum Austausch mit der Generalkonsulin über die kommunale Lage in der Ukraine. Bürgermeister Jokerst wird hierzu weiter berichten.

Stadtrat Seifermann und Stadtrat Gretz schlagen vor, im Sinne einer Partnerschaft eine Kommune in der Ukraine zu unterstützen, etwa in der große Bühl, ähnlich wie bei der Städtepartnerschaft mit Kalarasch.

Verkehrszählung

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Gässler erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass die Zahlen der Verkehrszählung zur Verfügung gestellt werden. Er berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Stelle der Verkehrsplanerin besetzt werden konnte, allerdings kommt die Mitarbeiterin erst im Oktober.

Bestattungsgebührenordnung

Herr Bauer, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, erklärt auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Jacobs, dass der Anteil des öffentlichen Grüns zirka 4 bis 5 Prozentpunkte an der Kostendeckung ausmacht. Dies ist so lange nicht relevant, bis die volle Kostendeckung erreicht ist. Erst dann muss der Gemeinderat entscheiden, ob das öffentliche Grün herausgenommen wird. Diese Kosten müssten jedoch dann an anderer Stelle verbucht werden. Der eingebrachte Gebührenvorschlag beinhaltet zirka die Hälfte der kostendeckenden Gebühr. Ob der Kostendeckungsgrad bei 60 oder 65 Prozent beträgt, war für die Gebührenvorschlagsrechnung nicht relevant. Das Argument mit dem öffentlichen Grün geht also fehl. Ein Vergleich mit umliegenden Gemeinden wurde bewusst nicht durchgeführt, aufgrund der unterschiedlichen Strukturen und Voraussetzungen.

Stadtrat Seifermann betont, dass keine willkürlichen Preiserhöhungen vorgenommen wurden, wie in einem Zeitungsbericht erwähnt. Wenn man in Bühl weniger Friedhöfe anbieten würde, wären insgesamt die Kosten auch geringer.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer